

**Stand der Umsetzung der Empfehlungen  
der Internationalen Kommission zum Schutz der Elbe (IKSE)  
für den Bereich der Störfallvorsorge, Anlagensicherheit und Störfallabwehr  
(Stand: 31.08.2007)**

---

## **1. Einleitung**

---

Die Delegationsleiter der IKSE hatten in ihrer Beratung vom Juli 2006 die Arbeitsgruppe H gebeten, eine Auswertung der Umsetzung aller Empfehlungen der IKSE im Hinblick auf die Vorbeugung von Unfällen mit Auswirkungen auf die Gewässer vorzunehmen und hierüber bis zur 20. Tagung der IKSE im Oktober 2007 einen Bericht vorzulegen.

Es handelt sich dabei um folgende Empfehlungen der IKSE (siehe Anhänge):

- zur Problematik der Löschwasserrückhaltung (6. Tagung der IKSE 10/1993)
- zur Verbesserung der Störfallabwehr an der Elbe (7. Tagung der IKSE 11/1994)
- zum grundsätzlichen Aufbau von Sicherheitsberichten im Hinblick auf die Wassergefährdung (9. Tagung der IKSE 10/1996)
- zur betrieblichen Alarm- und Gefahrenabwehrplanung (10. Tagung der IKSE 10/1997)
- zu Anforderungen an Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen in Hochwassergebieten oder einstaugefährdeten Bereichen (11. Tagung der IKSE 10/1998)
- zu Überfüllsicherungen (12. Tagung der IKSE 10/1999)
- zu organisatorischen Maßnahmen und materiell-technischen Grundanforderungen bei der Abwehr von Unfällen mit schwimmenden wassergefährdenden Stoffen (13. Tagung der IKSE 10/2000)
- zur Sicherheit von Rohrleitungen (14. Tagung der IKSE 10/2001)
- zu Grundsatzanforderungen an Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (15. Tagung der IKSE 10/2002)
- zu Lageranlagen für wassergefährdende Stoffe/Gefahrstoffe (17. Tagung der IKSE 10/2004).

Die Arbeitsgruppe H überprüfte, inwieweit die oben genannten Empfehlungen der IKSE in die Rechtsvorschriften der Tschechischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland umgesetzt worden sind.

## 2. Tschechische Republik

---

Der Berichtsteil für die Tschechische Republik wurde durch das Umweltministerium der Tschechischen Republik in Zusammenarbeit mit der Tschechischen Inspektion für Umwelt erstellt.

In der Tschechischen Republik können den oben genannten Empfehlungen der IKSE zur Störfallvorsorge im Hinblick auf den Umweltschutz folgende Gesetze zugeordnet werden: das Gesetz Nr. 59/2006 der Gesetzessammlung über die Vermeidung von schwerwiegenden Störfällen (die Zuständigkeit in diesem Bereich liegt bei der Abteilung „Umweltrisiken“ des Umweltministeriums der Tschechischen Republik), im Hinblick auf den Gewässerschutz ist es das Gesetz Nr. 254/2001 der Gesetzessammlung – das Wassergesetz (die Zuständigkeit für den Teil des Gesetzes über Gefahrstoffe und Störfälle liegt bei der Abteilung „Gewässerschutz“ des Umweltministeriums der Tschechischen Republik). Hinzu kommen auch Durchführungsvorschriften, d. h. Regierungsverordnungen, Erlässe, methodische Hinweise usw. – vgl. Tabelle 1.

Zum 01.05.2006 trat die Durchführungsverordnung zu § 39 „Gefahrstoffe“ sowie zu § 41 „Pflichten bei einem Störfall“ des Wassergesetzes in Kraft. Es ist die Verordnung des Umweltministeriums der Tschechischen Republik Nr. 450/2005 der Gesetzessammlung über Erfordernisse für den Umgang mit Gefahrstoffen und Erfordernisse für Gefahrenabwehrpläne, über Form und Umfang von Störfallmeldungen, über die Störfallabwehr und Behebung ihrer Folgeschäden. Diese Verordnung regelt neben anderen Empfehlungen auch die Empfehlungen für die Löschwasserrückhaltung und -entsorgung (§ 5 Erfordernisse an Gefahrenabwehrpläne). Die Gefahrenabwehrpläne werden durch einen entsprechenden Bescheid der zuständigen Wasserbehörde bestätigt. Gehört der Benutzer von Gefahrstoffen zu den Meldepflichtigen gemäß dem Gesetz zur Vermeidung von schwerwiegenden Störfällen, muss der nach den Vorgaben des Wassergesetzes (bzw. der Verordnung) aufgestellte Gefahrenabwehrplan Bestandteil der Gefahrenabwehrplanung gemäß dem Gesetz über die Vermeidung von schwerwiegenden Störfällen sein. Die so genannten „Störfall-Maßnahmenpläne“, die durch die Wasserbewirtschaftungsbetriebe aufgestellt werden (Verordnung des Landwirtschaftsministeriums der Tschechischen Republik Nr. 470/2001 der Gesetzessammlung in der derzeit gültigen Fassung, in der ein Verzeichnis wichtiger Fließgewässer sowie die für die Wasserbewirtschaftung maßgebenden durchzuführenden Tätigkeiten festgelegt sind), sind analog wie die durch die Benutzer von Gefahrstoffen erstellten Gefahrenabwehrpläne aufgebaut.

Die genannten Schwerpunkte sind durch folgende Vorschriften geregelt oder zum Teil angesprochen: die Durchführungsverordnung (zum Baugesetz) des Ministeriums für regionale Entwicklung der Tschechischen Republik Nr. 137/1998 der Gesetzessammlung über allgemeine technische Anforderungen an die Bautätigkeit, die Verordnung des Landwirtschaftsministeriums der Tschechischen Republik Nr. 191/2002 der Gesetzessammlung über technische Anforderungen an Bauwerke für landwirtschaftliche Zwecke sowie die Verordnung des Landwirtschaftsministeriums der Tschechischen Republik Nr. 274/1998 der Gesetzessammlung über die Lagerung und die Anwendung von Düngemitteln. Die Regelungen für Anlagen zur Lagerung und zum Umgang mit erdölhaltigen Stoffen sind in der Tschechischen Staatlichen Norm ČSN 75 3415, die Regelungen für Dichtheitsprüfungen von Behältern in der Norm ČSN 75 0905 enthalten.

In Hinsicht auf das Gesetz Nr. 59/2006 der Gesetzessammlung über die Vermeidung von schwerwiegenden Störfällen ist es relevant, insbesondere die Empfehlungen zur betrieblichen Alarm- und Gefahrenabwehrplanung sowie zum grundsätzlichen Aufbau von Sicherheitsberichten im Hinblick auf die Wassergefährdung zu nennen, die 1996 bzw. 1997 erarbeitet wurden (also noch vor der Herausgabe des ersten Gesetzes zur Vermeidung von schwerwiegenden Störfällen Nr. 353/1999 der Gesetzessammlung, das im Jahre 2000 in Kraft trat). Eine wichtige

Durchführungsvorschrift zum Gesetz Nr. 59/2006 der Gesetzessammlung ist die Verordnung Nr. 256/2006 der Gesetzessammlung über Einzelheiten des Systems zur Vermeidung von schwerwiegenden Störfällen, in der u. a. festgelegt ist, wie Sicherheitsberichte und interne Gefahrenabwehrpläne zu erstellen und aufzubauen sind. Im Amtsblatt des Umweltministeriums der Tschechischen Republik wurden ebenfalls zahlreiche methodische Hinweise veröffentlicht, wie Dokumente entsprechend diesem Gesetz zu erstellen sind (z. B. methodische Hinweise zur Vorgehensweise bei der Erstellung der Dokumente „Grundsätze, Ziele und Politik zur Vermeidung schwerwiegender Störfälle“ und „Beschreibung des Sicherheitsmanagement-Systems“, methodische Hinweise zur Vorgehensweise bei der Erstellung des Dokuments „Sicherheitsbericht“ sowie die methodischen Hinweise „Analyse und Bewertung von Risiken eines schwerwiegenden Störfalles nach dem Gesetz Nr. 59/2006 der Gesetzessammlung über die Vermeidung von schwerwiegenden Störfällen und „Betrachtung der menschlichen Einflussgröße auf ein Objekt bzw. eine Anlage im Zusammenhang mit relevanten Risikoquellen“), die für die Verwaltungsbehörden bestimmt sind, aber auch als Hilfsmittel für juristische und natürliche Personen sowie für Kontrollbehörden dienen sollen.

Die Vorgehensweise bei der Durchführung von Kontrollen ist in der Regierungsverordnung Nr. 254/2006 der Gesetzessammlung über die Kontrolle der gefährlichen Stoffe geregelt, in welche die Vorgaben der Richtlinie des Rates 96/82/EG eingeflossen sind und in der die Bewertungsverfahren für Sicherheitsprogramme und Sicherheitsberichte, der Inhalt der Jahreskontrollpläne und der Inhalt der Information über die durchgeführte Kontrolle sowie des Abschlussberichtes über die Kontrolle festgelegt wurden. Die Tschechische Umweltinspektion richtet sich dabei nach dem Gesetz Nr. 59/2006 der Gesetzessammlung über die Vermeidung von schwerwiegenden Störfällen, insbesondere nach den §§ 31, 33, 34 und 36.

Das Verzeichnis der potentiell gefährlichen Anlagen für die Gewässergüte im Einzugsgebiet der Elbe enthält 29 Anlagen in der Tschechische Republik, von denen 18 in den Zuständigkeitsbereich des Gesetzes Nr. 59/2006 der Gesetzessammlung fallen, 14 Betriebe sind der B-Gruppe und 4 Betriebe der A-Gruppe zugeordnet.

Die Kontrollpläne werden gemäß dem Gesetz Nr. 59/2006 der Gesetzessammlung durch die Tschechische Umweltinspektion aufgestellt, in der Beratung der Leitung des Umweltministeriums der Tschechischen Republik abgestimmt und durch den Umweltminister bestätigt.

Abschließend kann festgestellt werden, dass die Vorgaben der o. g. EU-Richtlinie, auf denen die Formulierungen der aufgeführten Empfehlungen der IKSE auch beruhen, in der Rechtsordnung der Tschechischen Republik umgesetzt sind, wobei sich die Einzelheiten der aufgearbeiteten Vorgaben im Detail unterscheiden können.

Die Empfehlungen der IKSE basieren auf einigen heute nicht mehr gültigen Rechtsvorschriften, wobei ihre Grundsätze insbesondere in folgende Rechtsnormen eingeflossen sind: Gesetz Nr. 59/2006 der Gesetzessammlung über die Vermeidung von schwerwiegenden Störfällen (früher Gesetz Nr. 353/1999 der Gesetzessammlung), Regierungsverordnung Nr. 254/2006 der Gesetzessammlung über die Kontrolle von gefährlichen Stoffen (früher Regierungsverordnung Nr. 452/2004 der Gesetzessammlung), Gesetz Nr. 254/2001 der Gesetzessammlung – Wassergesetz sowie die Verordnung des Umweltministeriums der Tschechischen Republik Nr. 450/2005 der Gesetzessammlung über Erfordernisse für den Umgang mit Gefahrstoffen und Erfordernisse für Gefahrenabwehrpläne (gekürzt).

**Tabelle 1:**

Empfehlungen der IKSE	Umsetzung in die Rechtsvorschriften der Tschechischen Republik
zur Problematik der Löschwasserrückhaltung	Verordnung Nr. 450/2005 der Gesetzessammlung
zur Verbesserung der Störfallabwehr an der Elbe	Gesetz Nr. 59/2006 der Gesetzessammlung, Gesetz Nr. 254/2001 der Gesetzessammlung, Verordnung Nr. 450/2005 der Gesetzessammlung sowie einschlägige methodische Hinweise
zum grundsätzlichen Aufbau von Sicherheitsberichten im Hinblick auf die Wassergefährdung	Gesetz Nr. 59/2006 der Gesetzessammlung sowie einschlägige methodische Hinweise
zur betrieblichen Alarm- und Gefahrenabwehrplanung	Gesetz Nr. 59/2006 der Gesetzessammlung, Verordnung Nr. 450/2005 der Gesetzessammlung sowie einschlägige methodische Hinweise
zu Anforderungen an Anlagen zum Umgang mit wasser-gefährdenden Stoffen in Hochwassergebieten oder einstaugefährdeten Bereichen	Gesetz Nr. 59/2006 der Gesetzessammlung, Gesetz Nr. 254/2001 der Gesetzessammlung (indirekt, Vermeidung von Schadstoffeintritten in Gewässer)
zu Überfüllsicherungen	Gesetz Nr. 59/2006 der Gesetzessammlung, Gesetz Nr. 254/2001 der Gesetzessammlung (Dichtheitsprüfung)
zu organisatorischen Maßnahmen und materiell-technischen Grundanforderungen bei der Abwehr von Unfällen mit schwimmenden wasser-gefährdenden Stoffen	Gesetz Nr. 59/2006 der Gesetzessammlung, Verordnung Nr. 450/2005 der Gesetzessammlung sowie einschlägige methodische Hinweise
zur Sicherheit von Rohrleitungen	Gesetz Nr. 59/2006 der Gesetzessammlung sowie einschlägige methodische Hinweise
zu Grundsatzanforderungen an Anlagen zum Umgang mit wasser-gefährdenden Stoffen	Gesetz Nr. 59/2006 der Gesetzessammlung
zu Lageranlagen für wasser-gefährdende Stoffe/Gefahrstoffe	Gesetz Nr. 59/2006 der Gesetzessammlung, Gesetz Nr. 254/2001 der Gesetzessammlung, Verordnungen Nr. 137/1998 der Gesetzessammlung, 191/2002 der Gesetzessammlung, 274/1998 der Gesetzessammlung

### 3. Bundesrepublik Deutschland

Die grundsätzlichen Anforderungen an die Sicherheit von Anlagen zum Umgang mit gefährlichen/wasser-gefährdenden Stoffen beruhen im Wesentlichen auf zwei Gesetzen. Zum einen dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) und zum anderen dem Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushaltes (Wasserhaushaltsgesetz – WHG).

Das BImSchG ist Bundesrecht und wird nicht durch landesrechtliche Regelungen untersetzt. Spezielle Vorschriften u. a. zur Anlagensicherheit, Verhinderung von Störfällen, Begrenzung von Störfallauswirkungen und Verpflichtung zur Aufstellung von Alarm- und Gefahrenabwehrplänen sind geregelt in §§ 3 ff der 12. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Störfall-Verordnung – 12. BImSchV).

Das Wasserhaushaltsgesetz ist ein Rahmengesetz, das in den Bundesländern durch Landeswassergesetze an die regionalen Gegebenheiten angepasst wird. In den Landwassergesetzen sind Vorschriften zu den Anforderungen an Anlagen zum Umgang mit wasser-gefährdenden Stoffen enthalten, die durch Verordnungen der Länder über Anlagen zum Umgang mit wasser-

gefährdenden Stoffen (Anlagenverordnung – VAWs) untersetzt sind. Die Anlagenverordnungen regeln detailliert u. a., wie Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen errichtet und betrieben werden müssen, welche Maßnahmen zur Überwachung der Anlagen erforderlich sind und welche Maßnahmen erforderlich sind, wenn Stoffe aus der Anlage austreten, durch die eine Verunreinigung von Gewässern eintreten könnte.

### 3.1 Empfehlungen zur Problematik der Löschwasserrückhaltung

Grundsätzliche Anforderungen sind in der Muster-Anlagenverordnung (Muster-VAWS) der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) vom 22./23. März 2001 und in den Anlagenverordnungen (VAWS) der Länder geregelt. Konkrete Regelungsinhalte der Löschwasser-Rückhalte-Richtlinie ist durch die Länder in Landesrecht umgesetzt.

### 3.2 Empfehlungen zur Verbesserung der Störfallabwehr an der Elbe

Stand der Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen:

1. Maßnahmen in der Tschechischen Republik – vgl. Kap. 2
2. Maßnahmen in der Tschechischen Republik – vgl. Kap. 2
3. Internationaler Warn- und Alarmplan Elbe durch Erlasse der Länder eingeführt
4. Geregelt in den Wassergesetzen der Länder (z. B. Sachsen in § 55 SächsWG, Sachsen-Anhalt in § 170 WG LSA), Konkretisierung durch untergesetzliche Vorschriften (z. B. Erlasse).
5. Vorbeugende Störfallabwehr ist grundsätzlich geregelt in der Störfall-Verordnung (12. BlmschV) des Bundes; Löschwasserrückhaltung siehe Nr. 1.
6. Die Ausrüstung der Feuerwehren mit Spezialgeräten zur Abwehr von Unfällen mit wassergefährdenden Stoffen ist durch Länder geregelt. Der Ausrüstungsstand der Feuerwehren mit Spezialgeräten ist allerdings unterschiedlich. Ausbildung und Übungen werden in untergesetzlichen Regelungen (Richtlinie zur Durchführung von Einsatzübungen der Feuerwehr) konkretisiert. Die Durchführung von Übungen liegt im Verantwortungsbereich der unteren Gefahrenabwehrbehörden in Zusammenarbeit mit den unteren Wasserbehörden (der Landkreise bzw. Kreisfreien Städte). Beispiel: Havarieübung in Hřensko 2004.
7. Im Rahmen des Projektes EASE des Umweltbundesamtes wurden Voraussetzungen geschaffen, über den kombinierten emissions-/immissionsorientierten Ansatz Messstationen zur Erkennung unfallbedingter Gewässerbelastungen einzubeziehen. Die Erprobung an ausgewählten Messstationen wurde 2006 abgeschlossen, die Auswertung erfolgt durch die Expertengruppe SW.
8. Wird im Rahmen der Verantwortlichkeiten durch die zuständigen Behörden der Länder wahrgenommen (siehe auch 2.6).
9. Die Festlegung geeigneter Bekämpfungspunkte liegt in der Verantwortung der Länder, ebenso die Ausbildung der Einsatzkräfte und Übungen. (siehe auch 2.6)
10. Die Entwicklung des Alarmmodells wurde 2004 abgeschlossen, 2007 erfolgt eine Fortschreibung des ALAMO.

### **3.3 Empfehlungen zum grundsätzlichen Aufbau von Sicherheitsberichten in Hinblick auf die Wassergefährdung**

Verbindliche geregelt durch § 9 der 12. BImSchV (Störfall-Verordnung) des Bundes. Anforderungen an den vorbeugenden anlagenbezogenen Gewässerschutz werden durch die Anlagenverordnungen (VAwS) der Länder konkretisiert.

### **3.4 Betriebliche Alarm - und Gefahrenabwehrplanung**

Inhalt und Aufbau der betrieblichen Alarm- und Gefahrenabwehrpläne sind verbindliche geregelt durch die 3. Störfall-Verwaltungsvorschrift der 12. BImSchV (Störfall-Verordnung) des Bundes. Wasserrechtliche Anforderungen sind durch § 3 in Verbindung mit § 8 der Muster-VAwS der LAWA bzw. der Anlagenverordnungen der Länder (Länder - VAwS) konkretisiert.

### **3.5 Anforderungen an Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen in Hochwassergebieten oder einstaugegefährdeten Bereichen**

Grundsätzlich geregelt in den Anlagenverordnungen der Länder (Länder – VAwS) in der Vorschrift zu „Anlagen in Schutzgebieten und Überschwemmungsgebieten“ (teilweise unterschiedliche Paraphierung in den VAwS'en der Länder). Weitere Konkretisierung durch Verwaltungsvorschriften der Länder zum Vollzug der VAwS, bzw. technische Informationen.

### **3.6 Überfüllsicherungen**

Grundsätzlich geregelt in § 20 der Muster-VAwS der LAWA bzw. den analogen Vorschriften der Länder - VAwS'en. Konkretisierung durch „Technische Regeln wassergefährdende Stoffe 779“.

### **3.7 Organisatorische Maßnahmen und materiell-technische Grundanforderungen bei der Abwehr von Unfällen mit schwimmenden wassergefährdenden Stoffen**

Organisatorische Maßnahmen sowie materiell-technische Grundanforderungen für die Abwehr von Ölunfällen sind beschrieben in der Schriftenreihe des ehemaligen Beirates „Lagerung und Transport wassergefährdende Stoffe (LTwS) des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Veröffentlichungen erfolgen durch das Umweltbundesamt).

Die Schriftenreihe hat empfehlenden Charakter und kann für die Ausgestaltung regionaler oder interner Warn- und Alarmplanung genutzt werden. Zum Beispiel:

- LTwS-Schrift Nr. 27 „Anforderungen an Ölsperren/Ölbinder“ (erschieden Juni 1999)
- LTwS-Schrift Nr. 30 „Vorsorgeplanung für die Ölwehr auf Binnengewässern“ (erschieden Dezember 2000)
- LTwS-Merkblatt zu Ölbindern (erschieden Juni 1997)
- LTwS-Merkblatt schwimmende Ölsperren für Binnengewässer

### **3.8 Sicherheit von Rohrleitungen**

Grundsätzlich geregelt in § 12 Muster-VAwS der LAWA, bzw. in den analogen Paragraphen der Länder-VAwS'en). Konkretisierung durch „Technische Regel für brennbare Flüssigkeiten – Rohrleitungen –“ (Bundesarbeits-Blatt (BArbBl.) 6/2002).

### **3.9 Grundsatzanforderungen an Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen**

Grundsätzlich geregelt in § 3 Muster-VAwS der LAWA, bzw. in den analogen Paragraphen der Länder-VAwS'en).

### **3.10 Empfehlungen zu Lageranlagen für wassergefährdende Stoffe / Gefahrstoffe**

Grundsätzlich geregelt in §§ 3, 4, 13, 14 und Anlage 1 der Muster-VAwS der LAWA bzw. in den analogen Paragraphen der Länder-VAwS'en. Konkretisiert durch „Technische Regel wassergefährdende Stoffe 779 – Allgemeine Technischen Regeln“.

## **4. Schlussfolgerungen**

---

Anhand der Ergebnisse der o. g. Analyse kann festgestellt werden, dass die Empfehlungen der IKSE im Hinblick auf die Vorbeugung von Unfällen mit Auswirkungen auf die Gewässer, die im Zeitraum 1993 – 2004 (vgl. Kap. 1) erarbeitet wurden, in die Rechtsordnungen der Tschechischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland umgesetzt wurden, wobei Unterschiede im Detaillierungsgrad der Aufschlüsselung bei einigen Anforderungen bestehen.

Im Hinblick auf die Tatsache, dass in den Jahren 2005 und 2006 wichtige neue bzw. überarbeitete Rechtsvorschriften zur Vorbeugung von Unfällen mit Auswirkungen auf die Gewässer in Kraft getreten sind, insbesondere in der Tschechischen Republik, basieren einige Empfehlungen der IKSE in mancher Hinsicht auf heutzutage nicht mehr gültigen Rechtsnormen. Die Überarbeitung dieser Empfehlungen wird allerdings als nicht notwendig angesehen, denn wichtig war die Dringlichkeit dieser Empfehlungen in der Zeit ihrer Entstehung. Mit ihrer Umsetzung in die jeweiligen nationalen Rechtsvorschriften wurde die Schwerpunktbedeutung der Empfehlungen erfüllt. Die Kontrolle der praktischen Umsetzung von erforderlichen Maßnahmen bei den potentiell gefährlichen Anlagen wird durch die zuständigen nationalen Behörden entsprechend den gültigen Rechtsvorschriften durchgeführt.

### **Anhänge:**

Anhang 1: Übersicht über die Empfehlungen der Internationalen Kommission zum Schutz der Elbe (IKSE) für den Bereich der Störfallvorsorge, Anlagensicherheit und Störfallabwehr